

Für Laibach

Ganzjährig . . .	6 fl. — kr.
Halbjährig . . .	3 „ — „
Vierteljährig . . .	1 „ 50 „
Monatlich . . .	— „ 50 „

Mit der Post:

Ganzjährig . . .	9 fl. — kr.
Halbjährig . . .	4 „ 50 „
Vierteljährig . . .	2 „ 25 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 5 kr.

Tagblatt.

Dankhofgasse Nr. 122.

Expedition und Inseraten-Bureau:

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmayr & P. Baumberg).

Inserationspreise:

Für die einspaltige Petitzeile bei zweimaliger Einschaltung dreimal 4 7 kr. Inserationsstempel jedesmal 30

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.



Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 54.

Montag, 8. März. — Morgen: Franziska.

1869.

Die Gemeinderathswahlen 1869.*

Der Ausschuss des konstitutionellen Vereins hat geglaubt, eine Besprechung der Wahlen umso mehr auf die Tagesordnung der heutigen Versammlung setzen zu sollen, als nicht nur die Wahlbewegung, insoweit sie die liberale Partei betrifft, bisher im Sinne unserer Statuten unter den Auspizien des Vereins in Szene gesetzt wurde, sondern erst in den letzten Tagen noch in Wahlangelegenheiten von Seite des Vereins „Slovenija“ eine größtentheils an die Adresse unseres Vereins gerichtete Erklärung veröffentlicht wurde, die eine angemessene Erörterung gerade innerhalb des Vereins jedenfalls zu erheischen schien. Bei Besprechung der bevorstehenden Wahlen ist es sicher vor allem am Platze, auf deren außerordentliche Wichtigkeit ganz kurz hinzuweisen, nur kurz, weil zu hoffen ist, daß wohl der überwiegende Theil der Wähler die Bedeutung derselben längst erfasst und ihnen die hervorragende Aufmerksamkeit, welche sie verdienen, zugewendet hat.

Die bevorstehenden Wahlen sind wichtig zunächst weil es nicht bloß Ergänzungswahlen, sondern Neuwahlen sind und auf sämtliche 30 Sitze unserer Rathsstube neue Räte berufen werden sollen; wichtig ferner deshalb, weil sich für die Gemeinde in nächster Zukunft wieder ein erweiterter Wirkungskreis öffnen und sie namentlich in den das Staats- und Familienleben so sehr berührenden Schulangelegenheiten einen bedeutenden Einfluß zu nehmen berufen sein wird; wichtig vor allem deshalb, weil unser ganzes Gemeinwesen endlich wieder in ruhige Bahnen gelenkt und dessen Leitung Männern an-

* Aus der ersten Versammlung des konstitutionellen Vereins.

vertraut werden muß, die, Hader und Zank bei Seite lassend, sich mit nichts anderm beschäftigen, als mit dem Wohle der Stadt, mit der Hebung der materiellen Interessen, mit der sorgsamsten Verwendung des städtischen Einkommens, mit der Verbesserung der Schulen und andern nothwendigen, bei uns theils vernachlässigten, theils noch gar nicht in Angriff genommenen Dingen.

Bei allen früheren Wahlen, mögen dieselben zu unsern Gunsten oder Ungunsten angefallen sein, hat unsere Partei nur das Ziel im Auge gehabt, solche Männer in den Gemeinderath zu bringen, von denen zu erwarten war, daß sie in der angebotenen Weise wirken würden; wir haben dieses Ziel auch dann im Auge behalten, als wir leider nur wenige Stadtvertreter die unsern nennen konnten, mit einem Worte, ob Majorität oder Minorität, wir haben nie einen Augenblick gezögert, die Kräfte unserer besten Männer der Kommune zur Verfügung zu stellen, und wahrlich wir dürfen es sagen: die Majorität der Arbeitenden im Gemeinderathe, die hat immer uns gehört.

Was thaten aber unsere Gegner? So lange sie die Mehrheit im Gemeinderathe bildeten, haben sie von ihrer Stellung in der ausgebreitetsten Weise Gebrauch gemacht; als jedoch auch ihre Stunde kam, zweimalige Wahlen gegen sie ausfielen und sie in die Minderheit geriethen, da waren die Nationalen, bis auf sehr wenige, in den Gemeinderaths- und Ausschusssitzungen nur selten mehr zu sehen.

Sie erschienen aber wieder, als es galt, den damaligen Bürgermeister in seinem, gelinde gesagt, höchst inforreften Widerstande gegen die Majorität des Gemeinderathes zu unterstützen und ein ersprießliches Wirken der letztern zu vereiteln. Die folgenden Vorgänge sind bekannt. Die liberalen Mit-

glieder des Gemeinderathes, Ehre und Pflicht im Auge behaltend, ergriffen gegenüber der ganz unparlamentarischen Unempfindlichkeit des Vorstandes der Gemeinde den einzig möglichen konstitutionellen Ausweg, indem sie auf die Ausübung ihrer Ehrenämter verzichteten. So kam die Auflösung des Gemeinderathes, die Zeit des Interregnums und unsere gute Stadt, die doch auf dreifig legitime Väter Anspruch hat, war plötzlich und auf lange Zeit auf die zärtliche Sorgfalt eines einzigen, zum Glück liebevollen Pflēgevaters angewiesen.

Der Schluß dieser gemeinderaths- und bürgermeisterlosen Epoche ist nun herangenahet, die Neuwahlen stehen vor der Thür. Die liberale Partei begann sich zu rüsten und war bereit, den Kampf wie in den Vorjahren aufzunehmen, allein unsere Gegner entließen der Schlacht und beglückten die Welt nur mit der famosen Erklärung vom 1. März.

Wir alle haben die Erklärung gelesen und es dürfte nicht nothwendig sein, auf Details einzugehen und etwa die Theorie vom „gefehllich nicht begründeten Eigensinn“ oder ähnliches, wie es in diesem Schriftstücke in Fülle zu finden, ausführlicher zu beleuchten. Es genügt, auf den Grundgedanken einen Augenblick hinzuweisen, den die Verfasser aussprechen, indem sie sagen, daß unter der Leitung der nationalen Männer zwar die städtischen Angelegenheiten durch Jahre ganz vorzüglich besorgt waren, daß man aber diese Leitung nun der deutschen Partei (wie es tendenziös heißt) nur deshalb überlasse, weil diese nach Herrschaft strebe und damit letztere Segenheit habe, die traurigen Handelsverhältnisse unserer Stadt zu bessern u. s. w., die öffentliche Meinung aber, sich über die Ziele dieser Partei endlich einmal aufzuklären.

Man kann wohl sagen, daß eine sonderbarere Logik und eine ungeschicktere Demantelung der eigenen

Fenilleton.

Eine Buße bis ins siebente Glied.

Vor einigen Monaten wurde dem italienischen Parlament, unter vielen anderen, eine Petition überreicht, die zwar lediglich Privatinteressen betrafte, dennoch aber durch ganz Italien nicht geringes Aufsehen erregte und unseren Lesern vielleicht noch merkwürdiger erscheinen dürfte. Die Petition ging von verschiedenen Mitgliedern einer sizilianischen Familie aus, welche für sich und ihre Nachkommen um endliche Befreiung von einer gewissen Zahlung ersuchten, die sie und ihre Vorfahren von 1724 an bis jetzt alljährlich an den Staatsfiskus hatten leisten müssen.

In dem erwähnten Jahre war nämlich in der Stadt Palermo eine Benediktiner-Nonne wegen Kezerei lebendig verbrannt worden. Nun hatte zwar der Staat die Kosten der Hinrichtung selbst getragen, indeß nicht die, welche durch den sehr langen Prozeß vor dem heiligen Tribunal entstanden und zu einer enormen Summe aufgelaufen waren. Die Kirche verstand sich noch weniger zur Deckung des bedeutenden Betrags, und so ward die

Familie der unglücklichen Nonne zur Zahlung desselben verurtheilt. Allein alles, was sämtliche Verwandten der Hingerichteten in dieser Welt besaßen, reichte noch lange nicht hin, um die von der heiligen Inquisition für die peinliche Untersuchung berechneten Unkosten zu erstatten; deshalb fiel eine väterliche Regierung auf das Auskunftsmitglied, einseitigen selbst die betreffende Summe zu erlegen, dafür aber zu verfügen daß die Familie der Nonne fortan und „für alle Zeiten“ dem Staatsfiskus alljährlich eine bestimmte Abgabe zu entrichten habe.

Dies war die Leistung, von welcher man jetzt, nachdem man ihr hundertundvierzig Jahre lang regelmäßig und pünktlich nachgekommen war, entbunden zu sein wünschte. Und bei der antirömischen Strömung, welche gegenwärtig mehr und mehr durch ganz Italien zieht, ist es erklärlich, daß sich im Parlamente niemand erhob, um gegen das Gesuch zu sprechen, obschon sich unter den Abgeordneten eine erkleckliche Anzahl befindet, die eifersüchtig über allem Bestehenden wacht. Viel mehr muß es Wunder nehmen, daß das erneute und vereinigte Italien es so lange für nöthig erachtet hat, seine Einkünfte durch die Zahlung der unschuldigen Nachkommen eines vom Glaubensfanatismus hingeopferten Weibes zu vermehren! Möglich, daß der Ursprung dieser Auflage im Laufe

der Zeit völlig in Vergessenheit gerathen war und erst irgend ein Lokalhistoriker zufällig auf die Geschichte der Sache stoßen mußte, bevor die in der kleinen sizilianischen Stadt Caltanissetta heimische Familie selbst auf den Gedanken kam, um Befreiung von der Last zu petitioniren.

Und doch haben sizilianische wie neapolitanische Geschichtschreiber den Vorfall wohl verzeichnet; überdies erschien zur Zeit desselben sein pezieller, sehr ins Einzelne gehender Bericht, welchen soeben ein Bologneser Verleger in einer neuen Ausgabe veröffentlicht hat. Dies Schriftchen legen wir der nachstehenden Darstellung zu Grunde, da der Prozeß, namentlich aber die Exekution selbst viel Eigenthümliches darbietet und von ähnlichen Kezengerichten und Kezereinrichtungen mannigfach abweicht. Zugleich ist es das letzte Autodafé gewesen, welches auf sizilischem Boden „gefeiert“ wurde.

Unser Chronist war ein gewisser Don Antonino Mongitore, Domherr der Kathedrale von Palermo, einer der gelehrtesten Männer seiner Zeit und seines Landes. Er beginnt seinen Bericht folgendermaßen: „Es ist außer Zweifel, daß als eine der größten und segensreichen Wohlthaten, welche die göttliche Vorsehung über das Königreich Sizilien ausgegossen hat, das heilige Tribunal der Inquisition bezeichnet werden muß.“ Damit ist so-

Schwäche, als sie in dieser Erklärung zu finden ist, kaum noch vorgekommen sein dürfte.

Welche Stellung nun sollen wir gegenüber diesem Schriftstücke, rüchlich gegenüber der darin ausgesprochenen Wahlenthaltung der Gegner einnehmen?

Unsere Aufgabe ist einfach und klar.

Wir müssen wählen, u. z. wählen mit dem gleichen Eifer und dem gleichen Ernste, als gälte es die heißeste Wahlschlacht.

Wir müssen in solcher Zahl uns bei den bevorstehenden Wahlen betheiligen, daß die Zahl der für uns abzugebenden Stimmen die Majorität der Wähler überhaupt repräsentirt, ohne Rücksicht darauf, ob alle unsere Gegner gewählt haben oder nicht.

Zwei Dinge gibt es, denen wir vor allen unsere Siege bei den früheren Wahlen zu verdanken hatten: Die Vollzähligkeit, in der wir erschienen, und die Einmüthigkeit, mit der wir gewählt haben. Sorgen wir also dafür, daß sich die Wähler bei den kommenden Neuwahlen so zahlreich als möglich einfänden, und daß nicht Lauheit und Sorglosigkeit die Reihen der Kämpfer lichten, wie dies vor Jahren wohl geschah, wo wir die Folgen dann so bitter zu büßen hatten; sorgen wir jedoch auch dafür, daß einmüthig gewählt werde und wieder jene Disziplin herrscht, die unsere Wähler in den letzten zwei Jahren so sehr ausgezeichnet hat. Die Männer, die aus den Probewahlen hervorgegangen sind, haben ihre Thätigkeit größtentheils im Gemeinderathe schon bewährt oder in anderen Stellungen die Achtung ihrer Mitbürger errungen. Mag dieser vielleicht dem einen, jener dem andern Wähler sympathischer sein — solchen Stimmen darf ein konstitutioneller Wahlmann kein Gehör schenken, alle persönlichen Rücksichten müssen schweigen, denn es gilt die Sache, dieser aber wäre nichts schädlicher, als eine etwaige Stimmenzerpflückerung.

Wählen wir also alle die Kandidaten des Zentralkomitees, wir können überzeugt sein, diese Männer werden unser Vertrauen rechtfertigen und es als ihre heiligste Pflicht betrachten, ihre Ehrenposten auch würdig und mit Ehre auszufüllen.

Die Intelligenz auf Urlaub.

Der „Tagespost“ wird aus Wien geschrieben: Ein Oberst und Regimentskommandant, ein seiner Sozialität und wissenschaftlichen Bildung wegen bei der Armee im besten Ansehen stehender Mann, welcher den Geist der Humanität angehauchten Kriegsministeriellen Verordnungen nicht erst jetzt „auf Kommando“ foudern bereits zu einer Zeit in sich verkörperte, als

„diese Studenten“ noch „von Amtswegen“ unter das Militär zur Korrektoren gestellt wurden und der Hauptmann es für ein wahres Unglück erachtete, einen „solch l. . . Studenten“ in „seiner Kompanie“ zu bekommen, hat die seinem Regimente zahlreich zufließenden „einjährig Freiwilligen“ mit einer Ansprache begrüßt, wie dies von einem edlen und gebildeten Manne gegenüber jungen intelligenten Leuten, welche schon in einem Jahre das Offiziersexamen ablegen sollen, gar nicht anders zu erwarten war.

Der Oberst gestattete den Freiwilligen das Zivilgehen außer Dienst, das Ausbleiben über die Retraite bis zu einer gewissen Stunde, das Betreten der Offiziersstube in der Kantine, gewährte ihnen noch verschiedene andere Begünstigungen, welche ohne Gefährdung der Disziplin und des Dienstes die ungewohnte Lebensweise des Soldatenstandes den „Einjährigen“ angenehm machen sollten.

Nicht lange sollte die Herrlichkeit dauern; 48 Stunden nach der denkwürdigen Ansprache fand sich der Oberst „bestimmt“, einen längeren Urlaub anzutreten und das Regimentskommando dem Oberstlieutenant zu übergeben, dessen erste That die Aufhebung der den Freiwilligen eingeräumten Begünstigungen war.

Zum Ausgleich mit den Tschechen.

Aus der „Bohemia“, dem politisch gemäßigten und politisch friedliebenden Prager Blatte, reproduzieren wir den folgenden Artikel, weil er an der Hand der gegebenen Thatsachen die momentanen Chancen eines Ausgleichs mit den Tschechen illustriert:

„Nimmer und immer wieder tauchen Anzeichen auf, welche darauf schließen lassen, daß man nicht müde wird, in gewissen Kreisen sich mit sogenannten „Ausgleichs“-Projekten zu tragen. Neuestens bringen wieder mehrere Blätter die Nachricht, daß der Sektionschef im Ministerium des Innern, Herr Dr. Vanhans, der vor einigen Tagen auf kurze Zeit nach Prag gekommen war, diese Gelegenheit benützt habe, um mit Herrn Dr. Stadkowsky wegen eines „Ausgleichs“ zu unterhandeln, und daß von letzterem die Erklärung abgegeben worden sei, die tschechisch-nationale Partei beharre unverrückt und nunmehr völlig einig bei den in der August-Deklaration ausgesprochenen Grundsätzen. „Narodni Listy“, das Organ des Dr. Stadkowsky, bestätigen allerdings die Thatsache, daß eine Unterredung zwischen dem genannten Führer der Jungtschechen und Herrn Dr. Vanhans stattgefunden hat, doch fügen sie zur Aufklärung hinzu, daß diese Besprechung „mehr das Gepräge einer privaten Höflichkeit, als eine politische Bedeutung“ gehabt habe; von einer „wirklichen Unterhandlung“ ist den „N. Listy“ nichts

bekannt geworden. Darin, sagt das jungtschechische Blatt, seien gewiß alle hervorragenden Politiker der tschechischen Nation einig, „daß die gegenwärtige Zeit zum unterhandeln nicht günstig sei“ — die tschechische Frage sei „zu ihrer Lösung noch nicht reif geworden.“ — Die Ehrdimer Koruna hatte dieser Tage, indem sie vom „Ausgleich“ sprach, gesagt, „daß kein Regierungsorgan es überhaupt wagen könne, von irgend einem Ausgleich zu reden, so lange fünfzehn Redakteure tschechischer Blätter hinter den Herkergittern weilen;“ so lange diese im Gefängnisse sind, kennt die „Koruna“ keine Ausgleichsfrage und keinen Menschen unter den Tschechen, der „die Solidarität der nationalen Opposition verrathen könnte.“ — Die „N. Listy“ bemerken hierzu, auch sie seien dieser Meinung, jedoch aus etwas anderen Gründen. Die „traurige Lage“ der tschechischen Journalistik könne nicht das Haupthinderniß des „Ausgleichs“ sein; wo es sich um den Vortheil der ganzen Nation handle, da müssen die Interessen der Einzelnen zurücktreten. Wenn sie (die „N. Listy“) die gegenwärtigen Verhältnisse als ungünstig zu irgend welcher Ausgleichsverhandlung erachten, so schweben ihnen der Zustand, in welchem sich die „ganze Nation“ befinde, vor Augen; so lange der Ausnahmezustand dauere, werde sich unter den tschechischen Patrioten sicherlich keiner finden, welcher auf sein Risiko in irgend einen Ausgleich sich einlassen würde.“

Rußland und die Slaven.

Das ruthenische Nationalinstitut in Lemberg, die „Matica Ruska“, hat wieder eine sehr bedeutende Sendung russischer Bücher aus St. Petersburg erhalten. Bei dieser Gelegenheit scheint es angezeigt zu sein, an den Bericht des russischen Staatsrathes Nikolaus Pogodin an den Unterrichtsminister vom Jahre 1840 zu erinnern. In diesem Berichte, in dem Pogodin Vorschläge macht, wie die Tschechen, Slowenen, Ruthenen u. s. w. von Seite Rußlands zu behandeln wären, wie viel auf Pensionen, auf Hebung der slavischen (nur nicht der polnischen) Literatur und dergleichen verwendet werden müsse, jagt der gegenwärtige Präsident des slavischen Komitees in Moskau wörtlich: „Von Eurer Exzellenz hängt es ab, von der Milde des Czars, des gemeinsamen Vaters aller Slaven, irgend eine Summe zu erwirken, dadurch der slavischen Gelehrten- und Literaturwelt ein neues Leben zu geben und eine Saat auszustreuen, die mit der Zeit gewaltige, weltbewegende Früchte bringen wird.“ Der Czar bestimmte damals 25.000 Rubel. Pogodin beklagte sich hierüber in seinem Berichte vom Jahre 1842. „Welch geringfügiges Opfer,“ ruft er, „25.000

fort der Geist der Schrift angedeutet und der Leser weiß von vornherein, welcher Ton im Viede des gelehrten Kanonikus vorherrscht.

Der berühmte neapolitanische Historiker Colletta gedenkt in der Geschichte seines Vaterlandes unseres Begebnisses ebenfalls und erzählt, daß Fra Romualdo, ein Augustinerleihenbruder, und Schwester Gertrud, eine Nonne vom Orden des heiligen Benedikt, im Jahre 1699 der Inquisition in die Hände fielen. Der Bruder war des „Quietismus“, „Molinismus“ und der Ketzerei, die Nonne des „Stolzes, der Eitelkeit, der Unbesonnenheit und der Heuchelei“ angeklagt. Der Quietismus war eine damals in Spanien, Italien und Frankreich viel verbreitete Form von Ketzerei, die hauptsächlich auf Anregung des spanischen Weltpriesters Michael Molinos — daher auch Molinismus — in Aufnahme kam. Die sich dem erwähnten Priester anschließenden Andächtigen suchten in der Ruhe (lateinisch quies, woher der Name entstand) eines gänzlich in Gott versunkenen Gemüthes die Aufgabe ihres Lebens, verfielen aber später in vielerlei sehr bedenkliche Albernheiten und selbst Ausschweifungen, wie ja dies bei vielen ähnlichen Sektirereien so häufig der Fall ist. Da die Quietisten gegen die Art der katholischen Gottesverehrung Opposition machten, so zogen sie sich natürlich die heftigste Verfol-

gung von Seite der Kirche zu, welche Molinos zum Abschwoeren seiner Irrthümer zwang und in ein römisches Kloster verbannte. Uebrigens scheinen namentlich die Klöster von dem Quietismus angesteckt gewesen zu sein; wir lesen wenigstens von mehreren italienischen Nonnenkonventen, in welchen sämtliche Bewohnerinnen sich zu Molinos' Doktrin bekannten, bis die Jesuiten mit Gewalt die Ketzerei erstickten.

Unsere arme Schwester Gertrud mag, in ihrer Weise, Quietistin gewesen sein, denn aus allen Berichten geht hervor, daß sie ein geistig sehr beschränktes Wesen war. Colletta erklärt sie sowohl als den Bruder Romualdo geradezu für verrückt, und sicher kann es kaum Unsinzigeres geben als das tolle Zeug, welches beide als ihr Glaubensbekenntniß aufstellten. Die heilige Inquisition aber wollte von dem Wahnsinn der Angeklagten nichts wissen; zwar sandte sie verschiedene Aerzte in die Zellen derselben, um den Geisteszustand der Inculperten untersuchen zu lassen, allein die gelehrten Herren erklärten die Unglücklichen für vollkommen gesund, unter allen Umständen für gesund genug, um der Bewohnerschaft von Palermo das Schauspiel eines Autodafé zu bereiten.

Merkwürdig bleibt dabei nur, daß die im Jahre 1699 verhafteten Opfer erst fast fünf-

zwanzig Jahre später, im April 1724, zum Scheiterhaufen geführt wurden; weder unser Domherr noch auch Colletta geben uns Aufschluß über diesen eigenthümlichen Aufschub. Der Prozeß war nämlich längst zu Ende geführt und beide schon seit Jahren zum Tode verurtheilt. Natürlich sieht ein Schriftsteller, welcher die Einsetzung der Inquisition als den größten Segen betrachtet, der je Sizilien zu Theil geworden ist, in dieser Verzögerung der Exekution nur den Ausdruck der Gnade und Langmuth der Inquisitoren, welche während aller dieser fünfundsiebenzig Jahre fort und fort an der Bekämpfung der Verurtheilten arbeiteten. Wer indeß Mongitore's Beschreibung der schließlichen Hinrichtung und seine ausführliche Aufzählung aller der Vorbereitungen liest, die man traf, um sämtliche Klassen der Bevölkerung das Schauspiel „genießen“ — godere — zu lassen, dem wird es außer Frage erscheinen, daß die Väter des heiligen Gerichts ebensowohl wie alle anderen Valermitaner dem Glaubensakte als einem lange ersehnten Vergnügen entgegenzogen, das sie sich unter keiner Bedingung hätten entgehen lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Rubel jährlich für die ganze Slavenwelt! Es ist nicht zu zweifeln, daß in den letzten zwanzig Jahren diese Summe ver Hundertfacht wurde.

Der Aufstand auf Kuba.

Die Mittheilung, daß der Aufstand auf Kuba doch wohl nicht so unbedeutend sei, wie die spanische Regierung ihn darzustellen sucht, wird von dem Berichterstatter der „Times“ in Philadelphia aufs vollständigste bestätigt. Die Insurgenten — sagt er — scheinen große Vortheile zu erringen und auf dem größeren Theile der Insel festen Fuß gefaßt zu haben. Mit seiner Macht von 35.000 Mann vermag Dulce die Rebellion nicht zu bemeistern, und genaue Beobachter glauben, daß er es mit 50.000 Mann nicht könne. Dazu hat er einen leeren Staatsschatz und findet überall eine unzufriedene Bevölkerung; die Aufständischen verlangen jetzt Unabhängigkeit, mit Reform sind sie nicht länger zufrieden. Ihre Agenten halten sich seit längerer Zeit in Washington auf, um eine Anerkennung ihrer Rechte als kriegsführende Macht zu erstreben. Eine große Zahl hervorragender Kubaner haben den Präsidenten in einer Petition gebeten, die Unabhängigkeit Kubas zu unterstützen. Die Sympathien des Publikums stehen auf Seiten der Insurgenten. Auch wenn man berücksichtigt, daß der genannte Berichterstatter aus amerikanischen Quellen geschöpft hat, läßt obiger Auszug aus einer langen Schilderung der Zustände auf Kuba die Bedeutung des dortigen Aufstandes doch wohl kaum mehr fraglich erscheinen.

Politische Rundschau.

Laibach, 8. März.

Unter dem Vorsitze des FML. Maroic tagt nach Mittheilungen Wiener Blätter im Kriegsministerium eine Kommission, welche die Liste sämtlicher in der Armee dienenden Stabsoffiziere zu sichten und Vorschläge zu machen hat, welche Offiziere dieser Kategorie zum Avanzement zu empfehlen sind und welchen zu bedeuten sein wird, daß sie in Pension treten mögen.

Der Minister des Innern läßt eine Amts-Instruktion für alle politischen Verwaltungsbehörden ausarbeiten. Die jetzt noch gültige stammt aus dem Jahre 1853, der Blüthezeit des Bach'schen Regimes.

Die Kommission des Herrenhauses hat beschlossen, dem Hause die Annahme des Gesetzes zu empfehlen, betreffend den Abschluß von Vergleich mit den Landesvertretungen von Böhmen, Schlesien, Oberösterreich, Steiermark und Krain in Betreff der denselben bisher gezahlten Subventionen und die Kapitalisirung der den Ländern Tirol, Salzburg, Kärnten jährlich gebührenden Dotationsbeiträge.

Die direkten Reichsrathswahlen bilden den Gegenstand eifriger Besprechungen in Abgeordnetenkreisen, aber nur eine schwache Minorität ist geneigt, für dieselben einzustehen und wird den diesbezüglichen Antrag im Hause unterstützen. Die große Mehrheit verhält sich der Wahlreform gegenüber theils gleichgültig, theils ablehnend. Die Regierung, deren Thatskraft in bedenklicher Abnahme begriffen ist, fühlt sich durch den Druck der öffentlichen Meinung wohl angeregt zu einem kleinen Schritt nach vorwärts, wagt es aber nicht, bei dieser Gelegenheit, wie bei der Berathung der Zinsenreduktion und des Wehrgesetzes, ihren ganzen Einfluß in die Waagschale zu werfen. Sie wird daher zunächst eine ausweichende Antwort auf die in Sachen der direkten Wahlen gestellte Interpellation geben; erst in der nächsten Session, wenn diese brennendste Frage unserer innern Politik durch die Landtage der deutschen Kronländer wieder einen frischen Impuls erhalten haben wird, will, wie die „Volkszeitung“ mittheilt, das Ministerium an die Lösung derselben gehen.

Aus Linz wird geschrieben: Der Beschluß des oberösterreichischen Landesausschusses,

die Mitwirkung an den Berathungen des Landeschulrathes abzulehnen, hat die hiesigen Lehrkreise und alle jene, die der Schule näher stehen, unangenehm berührt. Der Landesausschuß ist ohne Zweifel im Rechte, wenn er sich verwahrt, daß der Herr Unterrichtsminister nicht sanktionirte Landesgesetze durch provisorische Verordnungen zu ersetzen beliebt, allein in dem vorliegenden Falle hätte die Verwahrung genügt und wäre es der Sache nützlicher gewesen, wenn der Landesausschuß, statt in Gesellschaft der Verfassungs- und Freiheitsfeinde zu erscheinen, die Hand geboten hätte zur so nothwendigen Regelung der Schulaufsichtfrage. Wer die unerträgliche Lage, in welcher sich in letzterer Zeit unsere Volksschullehrer befanden, aus eigener Anschauung kannte, der fand es begreiflich, daß von dieser Seite selbst die provisorische Ministerialverordnung vom 10. Februar mit großer Befriedigung begrüßt wurde.

Das ungarische Ministerium hat eine Verordnung an die Jurisdiktionen wegen des Schutzes der Wahlfreiheit erlassen. Wer die Wahlausübung hindert, ist sofort vor Gericht zu stellen ohne Rücksicht auf die Person. Gemeindevorstände haben binnen 24 Stunden die Wahlerzesse anzuzeigen, widrigenfalls sie als Theilnehmer an denselben betrachtet werden.

Ueber das einzusetzende Bundes-Oberhandelsgericht für Norddeutschland verlautet, daselbe solle in Leipzig seinen Sitz haben; seine Mitglieder werden auf Vorschlag des Bundesrathes vom Bundespräsidium ernannt. Das Oberhandelsgericht wird die höchste Instanz für alle Handelsachen zu bilden haben.

Die Abberufung des preussischen Gesandten Usedom aus Florenz, des Verfassers jener berüchtigten Depesche, wird von manchen als eine Rücksicht für Oesterreich aufgefaßt, während andere sie für das Gegentheil halten; Bismarck habe seine Abberufung durchzusetzen gewünscht, weil angeblich trotz Usedom eine Annäherung zwischen Italien und Oesterreich stattgefunden, die den preussischen Einfluß gefährde.

Der norddeutsche Reichstag hat seine erste Sitzung abgehalten, ohne verhandeln zu können, da sich eine beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern nicht eingefunden hatte. Nach einem gereizten Zwiesprache zwischen Westen und Bismarck, dem der Vorsitzende durch jähe Schließung der Sitzung ein Ende machte, vertagte man sich bis Montag. Inzwischen wurde vorgestern der preussische Landtag geschlossen und es wird Raum für den Reichstag, dem auch in räumlicher Beziehung der preussische Landtag im Wege ist, da beide Versammlungen nur ein und dasselbe Lokale zur Verfügung haben.

Die Stelle der norddeutschen Thronrede bezüglich der ohnmächtigen Bestrebungen der Feinde der Ordnung, welche offenbar zunächst gegen die Bestrebungen der entthronten Fürsten und also indirekt auch gegen das der Welfenlegion Schutz gewährende Frankreich gerichtet ist, veranlaßt den „Konstitutionnel“ den Harmlosen zu spielen, denn er meint, „es sei vorauszusetzen, daß Se. preussische Majestät unter dieser Kategorie gleichzeitig die Feinde des monarchischen Prinzips und die kosmopolitische Demagogie verstehe, welche unter dem Vorwande, die Nationalitäten zu verteidigen, darnach strebt, die Integrität unabhängiger Staaten und das Gleichgewicht Europas zu beeinträchtigen.“

Einer in Paris eingetroffenen Mittheilung aus Madrid zufolge hatte die Minorität der Kortes beschlossen, falls die provisorische Regierung die Initiative zur Wiederherstellung der Monarchie ergreifen sollte, sofort die Hauptstadt zu verlassen, sich nach Kadix zu begeben und eine republikanische Regierung einzusetzen, welche die Aufgabe hätte, Andalusien von dem übrigen Spanien abzutrennen.

Die übrigen Nachrichten aus Spanien sind nicht von sonderlicher Bedeutung. Eine Kommission von 16 Mitgliedern ist von den Kortes ernannt worden, um den Entwurf einer Verfassung auszuarbeiten, und es ist wahrscheinlich, daß Olozaga, der das

höchstbestimmte Mitglied dieser Kommission ist, auch zu deren Präsidenten ernannt werden wird.

Die neue griechische Regierung hat eine sehr versöhnlich und friedlich gehaltene Mittheilung nach Konstantinopel gelangen lassen; deren Tendenz bezeichnet hinreichend der darin ausgedrückte Wunsch, daß in der Person des Vertreters der Pforte in Athen keine Veränderung vorgenommen werden möge. Es fragt sich nur, wie aufrichtig diese Versöhnlichkeit gemeint ist.

Wie verlautet, beabsichtigt der Schah von Persien seinen Bezirk mit einer zur Mittheilung an die Pforte bestimmten Note nach Konstantinopel zu entsenden. Der Inhalt dieser Note soll drohender (??) Natur sein.

Die Botschaft des neuen Präsidenten Grant empfiehlt den Vereinigten Staaten dringend die Bezahlung der Staatsschuld in Gold und baldige Wiederaufnahme der Barzahlungen so wie eine Sparsamkeitspolitik. Er verspricht keine Beamten anzustellen, welche sich für Repudiation der Staatsschuld ausgesprochen, und hofft die Abzahlung der Staatsschuld innerhalb eines Vierteljahrhundert. Ferner heißt es: „Bezüglich der auswärtigen Politik wünsche ich mit allen Nationen nach Maßgabe derjenigen Billigkeit zu verfahren, welche die Gesetze auch im individuellen Verkehre vorschreiben. Gesezestreue Bürger, ob auf amerikanischem oder fremden Boden geboren, werde ich beschützen, wo immer ihre Rechte verletzt werden und unsere Flagge im Spiele ist. Ich werde die Rechte aller Nationen anerkennen und eine gleiche Achtung für unsere Nation verlangen. Sollten jedoch Andere von dieser Richtschnur abweichen, so werden wir zu gleichem Vorgehen gezwungen sein.“

Das vom neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, General Grant, angestellte und vom Senate bestätigte Kabinet ist folgendermaßen zusammengesetzt: Washbourn Staatssekretär, Schofield Kriegsminister, Stewart Finanzminister, Cox für Inneres, Bowie für die Marine.

Zur Tagesgeschichte.

— Es stehen der „Debatte“ zufolge in den höchsten Spigen der Armee noch wichtige Veränderungen bevor. Der General der Kavallerie Fürst Friedrich Liechtensteine tritt in den Ruhestand. An seine Stelle kommt der General der Kavallerie Freiherr von Gablenz als kommandirender General nach Ungarn; an dessen hiedurch erledigte Stelle eines kommandirenden Generals in Kroatien und Slavonien kommt FML. Freiherr v. Rußevich nach Agram. General der Kavallerie Fürst Montenuovo kommt als kommandirender General nach Wien und General der Kavallerie Fürst Mensdorff-Dietrichstein an dessen Stelle als kommandirender General nach Prag. FML. Freiherr v. John, derzeit Chef des Generalstabes der Armee, wird kommandirender General in Graz.

— Bischof Rudigier in Linz soll, wie man sich daselbst erzählt, die Absicht haben, auf seinen Posten zu resigniren, vielleicht weil moralisch seine Stellung durch die preßgerichtliche Verfolgung erschüttert sei. Der Korrespondent, welcher der „Tagespost“ dies Gerücht mittheilt, meint, daß dasselbe, vielleicht nur zu diesem Zwecke in Umlauf gesetzt, um so weniger einschüchternd wirke, weil ja eben mit der Verwirklichung dieses Gerüchtes die Wünsche der Mehrzahl der Oberösterreicher in Erfüllung gehen. Wenn es dem hochwürdigsten Herrn beliebt, den Märtyrer in der ruhigen Behaglichkeit eines reichen Pfarrhofes zu spielen, so wünsche man ihm recht viel Glück dazu.

— Man schreibt aus Wien: Heute mir, morgen dir! „Man darf gegen die Angriffe der Journale nicht empfindlich sein!“ rief Herr v. Schmerling einst Dr. Berger entgegen, als er noch Oppositionsmann war. Dieser Tage nun trafen sich die beiden Herren in einem Salon und Minister Berger beklagte sich bitter bei Herrn v. Schmerling, daß ihn die Journale seines Ordens wegen so angegriffen. „So? Greifen Sie denn die Journale an? Ich lese

kein Blatt. Aber, lieber Minister! Sie wissen ja: Man darf gegen die Angriffe der Journale nicht empfindlich sein!" antwortete Schmerling.

Ueber den Einfluß des Grafen Bismarck erzählt die „Tagespost": „Allseitig wollte man, als es sich um die Entschädigung an Frankfurt handelte, daß den Frankfurtern drei Millionen gegeben werden. König, Abgeordnetenhaus und die Stadt Frankfurt stimmten selbst darin überein. Aber Graf Bismarck, welcher die Stadt Frankfurt überhaupt und namentlich seit seiner Anwesenheit als Bundestagsmitglied grimmig haßt, sträubte sich aus allen Kräften gegen die drei Millionen und drohte mit seinem Rücktritt. König Wilhelm befand sich nun in einer eigenthümlichen Lage. Der Stadt Frankfurt wollte er die drei Millionen nicht verweigern, weil er die Gerechtigkeit dieser Forderung einsah. Aus Staatsmitteln durften aber die drei Millionen nicht gezahlt werden, weil der allmächtige Bismarck es nicht wollte. So zahlte der König die dritte Million aus seiner Privatkasse.

Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

Total-Chronik.

(Der Herr Landespräsident Conrad von Eibesfeld) ist mit dem heutigen Schnellzuge abgerüstet, um sich nach Gursfeld zu begeben. Derselbe wird heute Abends die Ehre haben, auf der Station Videm-Gursfeld Se. Majestät auf der Durchreise nach Agram zu begrüßen. Eben dort werden auch die in Parade aufgestellten Bürgerkorps von Rudolfswerth, Gursfeld und Landstraß den Kaiser erwarten. Soviel bis jetzt bekannt ist, wird Se. Majestät unsere Stadt in der Nacht beiläufig um 2 Uhr auf der Reise nach Triume, die über St Peter erfolgt, passieren.

(Statistik unserer Gemeinderathskandidaten.) In der Liste der Kandidaten für den Gemeinderath finden wir die Städte und verschiedenen Berufsweige unserer Stadt in folgender Weise vertreten: Es gehören von 30 Kandidaten 10 dem Gewerbebestande, 8 dem Handelsstande an, ferner sind 3 Advokaten, 3 Beamte, 3 Hausbesitzer, 2 Lehrer, 1 Arzt und es sind endlich von 30 Kandidaten 21 auch Realitätenbesitzer und hier seßhaft. — Der Geburt nach sind 24 Eingeborene, 6 Fremde, unter den Fremden der jüngste über 8 Jahre schon im Lande. Unter den 30 sind 7 Doktoren, darunter 6 Doktoren der Rechte. Es waren 17 schon früher im Gemeinderathe.

(Der Glaube in Gefahr.) In der Krakau und Tirnau wird, wie man uns berichtet, von clerikaler Seite für die Wahlenthaltung fleißig agitirt. Die Argumente sind zweifelhafte, sie lassen dem bearbeiteten Wähler keinen Ausweg: Entweder — so argumentiren die geistlichen Herren — wählt ihr nach eurer Ueberzeugung, und dann müßt ihr nationale Gemeinderäthe wählen, diese jedoch nehmen die Wahl nicht an; daher euch nichts anderes übrig bleibt, als den Klerikularern eure Stimmen zu geben, was ihr nimmer thun werdet, indem diese euch den Glauben nehmen wollen.

(Bei der Wahl eines Landtagsabgeordneten) für die Stadt Idria haben sich von 117 Wählern 75 an der Wahl betheiligt, 67 Stimmen entfielen auf den Oberbergath und Werkdirektor M. Lipold.

(Ein clerikaler Mahnruf.) Die Niederlage der national-klerikalen Partei bei der letzten Landtagswahl in Marburg öffnet den Ultramontanen die Augen über ihre Selbsttäuschung, in der sie meinten, über das Landvolk noch immer ein unbeschränktes Kommando zu besitzen. Doch dieses scheint der ultramontanen Leitung satt zu sein, und besonders diesem Umstande ist der Sieg des liberalen Kandidaten Seidl zuzuschreiben. Die „Danica" bemerkt zu jener Niederlage folgendes: „Unserem Volke fehlt Charakter, dies ist die einzige Ursache unserer Niederlage. Die nationale Partei sollte zu dieser Erkenntniß gelangen und beharrlich fortarbeiten. Der Feldherr, der eine Schlacht verliert, sucht die Fehler und Mängel seiner Kriegsführer zu beseitigen, und häufig ist der erste Verlust der Beginn späterer Siege. Vielleicht werden es doch die nationalen Führer einsehen, daß wir von Grund aus neu beginnen müssen und daß es noth thut, die hohe Politik bei Seite zu legen, das Volk muß auf nationaler Grundlage geweckt und gegen die bösen Einflüsterungen in kirchlichen Dingen gewahrt werden." Die Ultramontanen geben demnach die Idee des Königreichs Slovenien vorläufig auf, um eine provisorische Schutzwehr gegen die „Liberalen" aufzuführen.

(Todesfall.) Verfloßene Nacht starb Dr. med. Hollub, pensionirter k. k. Stabsarzt. Derselbe übte bekanntlich die homöopathische Praxis aus.

(Die schöne Himmelserscheinung der Nebensonnen und Sonnenhöfe) tritt besonders in dieser Jahreszeit — März und April — ein, sie wird durch die in den hohen Luftschichten schwebenden Eiskriställchen, welche uns als dünner Wolken Schleier erscheinen, hervorgebracht. An Tagen, an denen der Himmel mit einer dünnen Wolkenschicht bedeckt ist, zeigen sich Anbeutungen jenes Phänomens, dessen Bevölkerungscharakter diesem Phänomen sehr günstig war, zeigte sich um halb 8 Uhr ein farbiger Ring um die Sonne mit einem Durchmesser von beiläufig 45 Grad. An zwei gegenüberliegenden Punkten in Süd und Nord dieses Kreises nahmen kreisrunde Scheiben, durch ihre Regenbogenfarben auffallend, die Stelle der Nebensonnen ein, ohne sich zu solchen herauszubilden, ihre orangefarbige Seite war gegen die Sonne, die violette nach außen gekehrt. Nachdem im Verlaufe des Vormittags diese Erscheinung verschwunden war, trat sie Nachmittags um 2 Uhr wieder auf, ohne daß es zur Bildung von leuchtenden Nebensonnen gekommen wäre.

(Antiker Fund.) Bei dem Baue des Tauscher'schen Hauses an der Wiener Linie wurden im v. J. bekanntlich nicht unbedeutende antike Funde gemacht. Soeben wurden nun die Erdarbeiten in der Richtung gegen die Klagenfurterstraße wieder aufgenommen und es wurde hiebei ein steinerner Sarg in der Länge einer Klafter mit Menschenknochen aufgedeckt.

Witterung.

Laibach, 8. März.
Die östliche, kalte und trockene Luftströmung anhaltend. In den Alpen Schneegestöber. Wechselnde Bewölkung. Temperatur: Morgens 6 Uhr — 2.1°, Nachm. 2 Uhr + 2.4° (1868 + 7.8°, 1867 + 2.2°). Barometer: 324.03. Das gestrige Tagesmittel der Wärme — 0.4°, um 2.5°, das vorgestrige 0° unter dem Normale.

Angelommene Fremde.

Am 7. März.
Stadt Wien. Bartelme, Kaufm., Gottschee. — Weidmann, Kaufm., Wien. — Koller, Besizer, Reumarkt. — Erler Maria und Jalsitka Elisabeth, Gottschee.
Elefant. Remart, Privatier, Oesterreich. — Spitzer, Kaufm., Wien. — Kemtscher, Trieste. — Blazik, Privat, Trieste. — Glaser, Geschäftsmann, Steiermark. — Frau Detela, Gutsbesitzerin, Wartenberg. — Frau Koschir, k. k. Bezirkshauptmannsgattin, Wartenberg.

Verstorbene.

Den 5. März. Maria Gladel, Tagelöhnerswitwe, alt 53 Jahre, im Zivildpital an Erschöpfung der Kräfte. — Dem Herrn Lukas Schumi, Schneidermeister, sein Kind Gustav, alt 17 Monate, in der Kapuzinervorstadt Nr. 58 an der akuten Gehirnhöhlenwasser sucht.
Den 6. März. Anton Sorlan, Inwohner, alt 59 Jahre, in der Gradischavorstadt Nr. 37 an der Abzehrung. — Gertraud Cerne, Schneidersgattin, alt 35 Jahre, im Zivildpital an der Lungentzündung.
Den 7. März. Jakob Brecljnik, Inwohner, alt 42 Jahre, im Zivildpital an der Tuberkulose. — Herr Dr. Alois Hollub, k. k. Stabsarzt in Pension, alt 71 Jahre, in der Stadt Nr. 213 am bevorstehenden Magenengeschwür.

Gedenktafel

über die am 10. März 1869 stattfindenden Exitationen.
3. Feilb., Strupische Real., Kupa, 178 fl., B.G. Krainburg. — 1. Feilb., Widmar'sche Real., Lovl, 860 fl. und 580 fl., B.G. Wippach. — 1. Feilb., Voic'sche Real., Ratinic, 722 fl., B.G. Reifnitz. — 3. Feilb., Erbach'sche Real., Hatzbach, B.G. Kronau. — 1. Feilb., Lufan'sche Real., Reffelthal, 395 fl., B.G. Tschernembl. — Restit. der von

Maria Bijal von Bornschluß um 351 fl. 50 kr. erkaufen Realität, B.G. Tschernembl. — 1. Feilb., Joic'sche Real., Slap, 3430 fl., B.G. Wippach.

Marktbericht.

Laibach, 6. März. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 10 Wagen mit Getreide, 3 Wagen mit Stroh (56 Tr. 70 Pfd.), 40 Wagen und 2 Saiffe (20 Klafter) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Mtr.		Mg.			Mtr.		Mg.	
	fl.	kr.	fl.	kr.		fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen pr. Mg.	4.40	5.10			Butter, Pfund	48			
Korn	2.90	3.26			Eier pr. Stuck	14			
Gerste	2.80	3.00			Milch pr. Maß	10			
Hafers	1.90	2.00			Rindfleisch, Pfd.	21			
Halbfrucht	—	3.58			Kalbsteif	24			
Heiden	2.50	3.14			Schweinefleisch	22			
Hirse	2.70	2.80			Schöpfenfleisch	16			
Kukuruz	2.90	3.00			Säbndel pr. St.	40			
Erdäpfel	1.40	—			Lauben	15			
Linfen	3.20	—			Heu pr. Zentner	90			
Erbsen	3.40	—			Stroh	70			
Fijolen	4.50	—			Holz, haz., Kstr.	—	7.50		
Rindschmalz, Pfd.	53	—			— weich	—	5.50		
Schweineschm.	44	—			Wein, rother, pr.	—	—	9	
Speck, frisch	28	—			Eimer	—	—	—	10
— geräuch.	42	—			— weißer	—	—	—	—

Lottoziehung vom 6. März.
Triest: 20 54 80 1 5.

Theater.

Heute: Verrechnet.
Charakterbild mit Gesang in 3 Akten von Kaiser.
Personen: Emilie, verheiratete Baronin von Weißborn, Fel. Arthur. — Heinrich Richmond, Obrist, Hr. Matthes. — Louis, Hr. Parth. — Briedmann, Gutsinspektor, Hr. Moser. — Rosa, Fel. Zeffka. — Robert, Revierjäger, Hr. Mahr. — Doktor Schlepfer, Hr. Stefan. — Martin, ein alter Bettler, Hr. Müller.

Glasurhaltige Thonöfen

von allen Gattungen und Größen, weiß und mar-morirt; so wie

glasierte Sparherde

neuester Konstruktion, um den halben Preis billiger als die hochgestellten, auf welchen alle Nationalitäten und auch der „Brencelej" kochen können, erzeugt in Laibach (55-2)

Franz Legat,

Hafnermeister in Windischhof, Gradiska Nr. 69.

Wiener Börse vom 6. März.

Staatsfonds.	Geld	Ware	Def. Hypoth.-Bank	Geld	Ware
Spec. österr. Währ.	59.60	59.70		98.50	99.—
dto. v. J. 1866	64.60	64.90	Prioritäts-Oblig.		
dto. Rente, öst. Pap.	63.10	63.20	Subb.-Def. zu 500 fr.	113.75	114.25
dto. dto. öst. in Silb.	70.60	70.70	— „ — „ „ „	241.—	242.—
Loth von 1864	103.60	103.80	— „ — „ „ „	94.—	94.50
Loth von 1860, ganz	106.—	106.50	— „ — „ „ „	89.25	89.75
Loth von 1860, fünf.	127.30	127.50	— „ — „ „ „	90.25	90.75
Prämienf. v. 1864	23.50	24.—	— „ — „ „ „	90.75	91.—
Grundentl.-Obl.			Loth.		
Steiermark zu 5 pEt.	89.—	90.—	Salz	170.50	171.—
Kärnten, Krain			Don.-Dampf.-Sch.		
u. Küstenland	86.—	94.—	zu 100 fl. öst.	96.50	97.—
Ungarn	78.75	79.25	Triester 100 fl. öst.	120.—	121.—
Kroat. u. Slav.	78.50	79.—	— „ — „ „ „	57.—	58.—
Siebenbürg.	75.75	76.25	— „ — „ „ „	36.—	36.50
Aktion.			— „ — „ „ „	—	—
Nationalbank	731.—	732.—	— „ — „ „ „	42.—	43.—
Erdbank	297.60	297.80	— „ — „ „ „	35.—	36.—
R. ö. Escompte-Bank	292.—	294.—	— „ — „ „ „	37.50	38.—
Anglo-österr. Bank	296.—	296.50	— „ — „ „ „	33.—	33.50
Def. Böhmische-Bank	297.—	298.—	— „ — „ „ „	22.50	23.—
Def. Hypoth.-Bank	296.—	298.—	— „ — „ „ „	24.50	25.50
Steier. Escompt.-Bk.	290.—	—	— „ — „ „ „	16.—	16.50
Carl-Ferd.-Korb.	2320	2325	— „ — „ „ „	105.50	106.50
Südböh.-Geldsch.	234.40	234.60	Wechsel (8 Mon.)		
Kais. Elisabeth-Bahn	179.—	179.50	Salz	102.70	102.80
Carl-Ludwig-Bahn	221.50	222.—	— „ — „ „ „	102.90	103.—
Sieb.-Eisenbahn	159.50	160.—	Frankf. 100 fl.	123.—	123.10
Kais. Franz-Joseph	174.—	175.—	Vonbon 10 fl. öst.	49.—	49.10
Böhm. Böhmer-B.	189.—	189.50	Paris 100 Francs	—	—
Alföb.-Eisenbahn	163.25	163.75	Münzen.		
Fandbriefe.			Nation. ö. B. verlos.	5.80	5.81
Nation. ö. B. verlos.	96.15	96.30	100-Francs-Stück	9.85	9.86
Ung. ö. B. verlos.	93.—	93.50	— „ — „ „ „	1.81	1.81
Ung. ö. B. verlos.	106.80	107.20	— „ — „ „ „	121.—	121.25
Ung. ö. B. verlos.	89.75	90.25			

Telegraphischer Wechselkurs vom 8. März.

5perz. Rente österr. Papier 62.10. — 5perz. Rente österr. Silber 69.50. — 1860er Staatsanlehen 99.80. — Bankaktien 825. — Kreditaktien 292.80. — London 123.55. — Silber 121.50. — R. k. Dutaten 5.82.